

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 16 - Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe -
erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Angelika Birk:**

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 297.00 / 15.12.2000

Grünes Lernmodell macht Schule im Landtag

Schule funktioniert weder als Lehranstalt, noch als Lernfabrik. Jugendzentren müssen mehr bieten als eine Bude zum Rumhängen. Kinder gehören nicht dem Werbefernsehen. Das Jugendamt darf nicht warten, bis mal jemand vorbeikommt. Türkische Kinder sind nicht dümmer als Deutsche. Mütter sind nicht an allem Schuld!

Glücklicherweise ist sich der Landtag nicht nur in diesen banalen Verneinungen einig, sondern konnte gemeinsame Visionen entwerfen, wie Schule und Jugendhilfe so kooperieren, dass die Schule zu einem guten Lebensort wird. Der Landtag hat die Landesregierung nicht nur einstimmig aufgefordert zu berichten, was hierzu vielerorts schon im Lande geschieht, sondern alle Fraktionen erwarten von ihr bis September ein mit den Kommunen und weiteren an Kinder- und Jugendarbeit Beteiligten vereinbartes Handlungskonzept und einen für alle Beteiligten hilfreichen Handlungsleitfaden.

Die Vielfalt der Initiativen vor Ort - von betreuten Grundschulen bis pädagogischen Lerninseln, der Zusammenarbeit von Schulen und Jugendfreizeitzentren, der Einrichtung von pädagogischen Mittagstischen oder abendlichen Elternschulen bis zu gemeinsamem Unterricht von LehrerInnen und PolizistInnen oder KünstlerInnen, der Kooperation mit Arbeitsamt und Betrieben - insbesondere aber die vielen Ansätze der demokratischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schule sollen endlich nicht mehr die Ausnahme von der Regel sein, die sich jedes Jahr rechtfertigen muss, weil sie eigentlich nichts mit dem ursprünglichen Auftrag der Schule zu tun hat, sondern im Gegenteil: All diese Beispiele sollen im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen.

Dazu bedarf es verbindlicher Kooperationsverträge zwischen Jugendamt und Schule, zwischen Kommunen und Ministerien. Die Landesmittel für den Unterricht und die kommunalen Mittel für die Jugendhilfe, an denen sich das Land beteiligt, sollen auf diese Weise ganzheitlicher und damit effizienter eingesetzt werden.

Eine grüne Leitidee von Schule hat auf diese Weise Eingang in einen umfassenden SPD Antragsentwurf gefunden, der auch die Opposition zu weiteren Ergänzungen inspirierte. Auch die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sind hierfür im Haushalt 2001 geschaffen worden: Durch die Veränderung des Jugendförderungsgesetzes, d.h. dem Freischaufeln von Mitteln genau für diesen Auftrag und dem neuen Schwerpunkt im kommunalen Investitionsfonds für die Sanierung von Schulgebäuden. Der Erweiterung von Schulen zum Stadtteil- oder Dorfzentrum sollte jetzt nichts mehr im Wege stehen.
